



Regierungsratsbeschluss vom 30. Januar 2018

Interpellation Nr. 149 David Wüest-Rudin betreffend fehlende Entlastung des Mittelstands in der Steuervorlage 17; schriftliche Beantwortung

P175438

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Grosse Rat soll erst in Kenntnis der finanziellen Auswirkungen der Steuervorlage 17 über die Besteuerung der natürlichen Personen beschliessen. Die parallele Behandlung der Besteuerung der juristischen Personen und der Besteuerung der natürlichen Personen ist eine Voraussetzung dafür, dass ein ausgewogenes und finanziell tragbares Paket erreicht werden kann. Würden die Eckwerte des Regierungsrates zur Steuervorlage 17 umgesetzt, so würden die Bevölkerung um 110 Mio. Franken pro Jahr und die Unternehmen um 100 Mio. Franken pro Jahr entlastet.

